



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

POLNISCHE ARBEITSMIGRATION

- ANALYSE
Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Ingenieure
Sebastian Becker, Warschau 2
 - TABELLEN UND GRAFIKEN
Zahlen zur polnischen Arbeitsmigration 5
 - DOKUMENTATION
Programm RÜCKKEHR («POWRÓT») 12
-
- CHRONIK
Vom 02. bis zum 15. Oktober 2007 15

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Ingenieure

Sebastian Becker, Warschau

Zusammenfassung:

Die Bundesregierung hat den Arbeitsmarkt für Ingenieure aus den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten zum 1. November geöffnet. Damit reagierte Deutschland auf den derzeitigen Fachkräftemangel, der nach Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft die einheimische Volkswirtschaft 20 Milliarden Euro im Jahr kosten könnte. Gesucht werden allerdings nur Spezialisten der Fachrichtungen »Maschinenbau« und »Elektrotechnik«, denen von diesem Datum an keine bürokratischen Steine mehr in den Weg gelegt werden. Polen ist das Land, das von dieser Entscheidung am stärksten betroffen ist, weil es mit knapp 38 Millionen Einwohnern über den größten Markt an Arbeitskräften in der Region verfügt. Nach ersten Umfragen hat Deutschland damit bei den Betroffenen aber kaum Begeisterungstürme ausgelöst.

Skeptische Kommentare in Polen und Deutschland

Politisch ist die Entscheidung der Bundesregierung, den Arbeitsmarkt zu öffnen, eine tiefe Zäsur, weil das Land erstmals zumindest eine Gruppe von Polen uneingeschränkt arbeiten lässt und keine Beschränkungen auferlegt wie bei der Saisonarbeit. Wirtschaftlich ist sie aber wenig effektiv, weil kaum jemand kommen wird, wie die Analyse ergibt. Es ist paradox: Früher galt ein Pole als einfacher Arbeitnehmer, der große Neigungen hatte, beim westlichen Nachbarn zu arbeiten – so groß, dass Deutschland die Zuwanderung limitierte. Nun ist es umgekehrt: Polen gelten als Fachkräfte, werden zur Arbeit eingeladen, reagieren darauf aber kaum.

So werten Regierungsvertreter, die Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer (DP IHK, Polsko-Niemiecka Izba Przemysłowo-Handlowa – PN IPH) und Unternehmen in Deutschland und Polen diese Entscheidung zwar grundsätzlich als einen richtigen Schritt zur vollständigen Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Denn die Bundesrepublik hatte den Markt für Polen bisher noch weitgehend für Arbeitnehmerinnen und -nehmer aus dem östlichen Nachbarland abgeriegelt. Im äußersten Falle kann diese Sperre noch bis zum Jahr 2011 bestehen bleiben. Doch gehen die offiziellen Einschätzungen nicht davon aus, dass viele polnische Fachleute die Reise zum westlichen Nachbarn antreten werden; vielmehr steht schon jetzt fest, dass wohl kaum einer kommen wird. Möglicherweise droht nun sogar ein ähnlicher Flop wie vor ein paar Jahren, als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder Software-Spezialisten aus Indien anwerben wollte und letztlich auch kaum jemand davon Gebrauch machte.

Ähnlich urteilt die polnische Regierung: »Diese Entscheidung ist überwiegend politischen und deklarativen

Charakters«, sagt der stellvertretende Direktor im Referat »Migration« des polnischen Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik, Janusz Grzyb. Sie bedeute einen Einschnitt in der Diskussion um die Liberalisierung des Arbeitsmarktes für Polen in Deutschland. »Früher durften die Polen nur saisonal arbeiten, nun ist das ein erster Schritt in Richtung einer umfassenden Öffnung des Marktes«, unterstreicht er.

Die Arbeitsmigration nach dem EU-Beitritt

Allerdings bleibe die praktische Wirkung wohl gering. So geht Grzyb nicht davon aus, dass polnische Ingenieure sofort ihre Koffer packen und nach Deutschland übersiedeln. »Die Märkte in Großbritannien und Irland, die als erste den Polen die vollständige Freizügigkeit gewährt haben, sind für sie doch attraktiver«, so der Vertreter des polnischen Arbeitsministeriums. Denn dort stimme das gesellschaftliche Umfeld. »In diesen Ländern bieten bereits unterschiedliche Dienstleister wie Banken und Finanzinstitute ihren Service in polnischer Sprache an.« Tatsächlich gelten Großbritannien und Irland den Polen »als willkommener Ort.« Außerdem sprächen die Polen eher Englisch als Deutsch.

Der Hintergrund: Großbritannien und Irland haben genau wie Schweden als erste der alten Gemeinschaftstaaten den Angehörigen der neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Ostmitteleuropa die gleichen Rechte am Arbeitsmarkt eingeräumt wie den Einheimischen. Diese vollständige Öffnung des Marktes erfolgte sofort, als diese Staaten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beitraten. Deswegen sind viele fachkundige Arbeitskräfte aus Polen bereits auf die britischen Inseln ausgewandert. Offiziellen Zahlen des polnischen Arbeitsministeriums zufolge sind seit dem EU-Beitritt bereits 1,2 Millionen Polen dorthin migriert. Die einheimischen Medien schreiben sogar, es könnten rund zwei Millio-

nen oder sogar mehr sein und handeln dies teilweise als Massenexodus in die westlichen Länder.

Unabhängigen polnischen Experten zufolge haben diejenigen Länder, die als erste den Polen die Tore geöffnet haben, einen Vorteil gegenüber den EU-Staaten, die damit gezögert haben. »Viele polnische Fachleute, die noch zuhause sind und einen Schritt ins Ausland erwägen, folgen dann lieber ihren Kollegen nach Großbritannien, weil sie sich bei ihnen nach den Arbeitsbedingungen erkundigen können und von ihnen dort erwartet werden«, sagt der Sprecher eines polnischen Marktforschungsinstituts. In Deutschland sei es eher ungewöhnlich, dass Polen als Fachkräfte arbeiteten und auch als solche angesehen würden. »Die polnischen Ingenieure müssten deswegen hier einen Anfang machen und eine Bresche schlagen«, sagt er. Aber davor zögerten sie noch. »Über den deutschen Arbeitsmarkt gibt es derzeit noch zu wenig Informationen«, so sein Fazit. Dies zu ändern sei Aufgabe der Bundesregierung und der deutschen Unternehmen.

Auch die Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer in Warschau rechnet nicht mit einer großen Wirkung: »Es wird keine Massenauswanderung nach Deutschland geben«, erklärt die Sprecherin Katarzyna Soszka. Denn ein Großteil derjenigen, die ihr Glück im Ausland versuchen wollten, sei ja bereits in Westeuropa. Darüber hinaus äußert sie sich auch über die Angst der Deutschen, dass die polnischen Fachkräfte mit Dumpinglöhnen und geringen materiellen Ansprüchen den deutschen Arbeitsmarkt in Unruhe versetzen könnten. Aus ihrer Sicht ist diese Befürchtung unbegründet. »Die Polen wollen genauso behandelt und bezahlt werden wie die Einheimischen«, so ihr Fazit. Sie weist darauf hin, dass Polen über sehr gut ausgebildete Fachkräfte verfüge, die zuhause immer bessere Bedingungen vorfinden, und sich außerdem die Löhne an das Westniveau angleichen. Die deutschen Firmen müssten sich einiges überlegen, um diese Spezialisten zum Umzug zu bewegen.

Darüber hinaus reagierten auch die polnischen Unternehmen zurückhaltend. Vertreter von Firmen gehen davon aus, dass diese neuen Arbeitsmöglichkeiten jenseits der Oder überwiegend für junge Leute interessant seien, da sie dort ein besseres Einstiegsgehalt als zuhause erwarten. Außerdem seien sie mobiler als die Berufserfahrenen, die sich in Polen schon etabliert hätten und eine Familie versorgen müssten. »Es werden überwiegend die Jüngeren sein, die gerade ihr Examen machen«, unterstreicht denn auch eine Sprecherin der Maschinenbau-Firma Kraftmann aus Danzig. Für Deutschland würden sich diejenigen entscheiden, die dort schon über persönliche Kontakte oder familiäre Bindungen verfügen.

Tatsächlich verdienen die Berufseinsteiger in Polen wesentlich weniger als ihre Kollegen beim westlichen

Nachbarn, wie aus den Statistiken des polnischen Beratungsunternehmens Ingenieur-Datenbank (Bank Danych o Inżynierach – BDI) hervorgeht. Dieses Unternehmen beobachtet den polnischen Ingenieursmarkt und stellt Arbeitgebern Informationen zur Verfügung. Nach den Zahlen des BDI können die jungen Leute in Polen nach dem Abschluss des Exams, wenn sie in der Regel zwischen 21 und 25 Jahre alt sind, mit monatlichen Bruttogehältern zwischen 2.000 und 2.700 PLN brutto (ca. 540 bis 730 EUR) rechnen – in Abhängigkeit davon, ob sie eine Fremdsprache beherrschen.

Löhne nähern sich westlichem Niveau an

Fremdsprachenkenntnisse sind denn auch für alle anderen Altersgruppen ein sehr wichtiges Kriterium für die Höhe des Gehalts. Am wichtigsten ist Englisch, wie BDI herausgefunden hat. Aber auch Französisch und Deutsch werden von den Arbeitgebern verlangt. Darüber hinaus ist auch wichtig, in welchem Aufgabenbereich oder welcher Branche ein Ingenieur eingesetzt wird. Fachleute, die beispielsweise im Vertrieb oder als Leiter in der Produktion arbeiten, erhalten pro Monat zwischen 6.000 und 12.000 PLN (ca. 1.600 bis 3.200 EUR). Spezialisten, die auf der höheren Führungsebene arbeiten, beziehen zwischen 8.000 und 15.000 PLN (ca. 2.200 bis 4.060 EUR). Das meiste Geld verdienen die Experten, die in dynamischen Branchen wie dem IT-, Bau- und Entwicklungssektor arbeiten. Dort können die Bezüge monatlich bei 25.000 PLN brutto (ca. 6.800 EUR) liegen. Oft sind diese Fachleute aber nicht bei den Firmen angestellt, sondern sind wirtschaftlich selbständig und werden nur für Einzelprojekte eingesetzt.

Schaut man auf die Gehälter, dann wird man feststellen, dass momentan noch größere Unterschiede zwischen deutschen und polnischen Fachleuten bestehen. So schreibt die polnische Tageszeitung »Rzeczpospolita«, dass ein deutscher Spezialist ungefähr zweieinhalb mal mehr verdient als sein polnischer Kollege. Allerdings darf man nicht vergessen, dass die Lebenshaltungskosten in vielen Bereichen in Polen noch wesentlich geringer sind und die Löhne sich dem deutschen Niveau immer mehr annähern. Die Personalberatungsfirma HRK Partners geht davon aus, dass generell die Gehälter im Vergleich zum Vorjahr zwischen sieben und acht Prozent wachsen. Daran kann man ablesen, dass der deutsche Standort allein aus finanziellen Erwägungen für polnische Fachkräfte nicht übermäßig interessant ist.

Hohe Steuern in Deutschland

Aufgrund dieser zunehmenden Lohnangleichungen reagieren auch Vertreter von deutschen Unternehmen skeptisch auf die Entscheidung der Bundesregierung. »Es reicht einfach nicht, nur bürokratische Hürden bei-

seite zu räumen«, sagt ein Vertreter einer internationalen Spezialsoftware-Firma, die sich auch in der ostmitteleuropäischen Region engagiert. Die Bundesregierung und die deutschen Unternehmen müssten den Software-Fachleuten aus dieser Region auch etwas anbieten, so sein Statement. Da Maschinenbau und Elektrotechnik eng mit Software-Programmierung und -Anwendung verbunden sind, sind auch Software-Ingenieure von der Arbeitsmarktöffnung betroffen. »Gerade die jungen IT-Spezialisten wollen unbedingt viel Geld verdienen, was aber angesichts der hohen Steuersätze in Deutschland wohl kaum möglich ist«, erklärt er. Deshalb seien die USA für viele dieser Fachleute ein weitaus attraktiveres Auswanderungsziel.

Aber nicht nur Vertreter der Regierung und polnischer und deutscher Unternehmen zeigen sich skeptisch, sondern auch die polnischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer selbst. In einer Umfrage, die BDI etwa 14 Tage nach der Entscheidung durchgeführt hat, ist Deutschland sogar das Land, das für sie am wenigsten attraktiv ist. Von den 1.150 Ingenieuren, die das Unternehmen befragt hat, wollten nur 6,9 Prozent in das westliche Nachbarland übersiedeln. »Es kommen sicherlich einige Gründe dafür in Frage,« erklärt Magdalena Józwiak, die Sprecherin von BDI. Das habe mit dem Image des westlichen Nachbarlandes zu tun. »Wenn die Polen an Arbeit in Deutschland denken, dann bringen sie das nur mit kleinen, minder qualifizierten Jobs in Verbindung, die zeitlich begrenzt sind«, so die Expertin. An höher qualifizierte Arbeit und an ein Land, in dem man sich niederlassen könne, dächten nur die wenigsten. »Natürlich schreckt auch einige ab, dass die Deutschen zum Teil negative Stereotype über Polen haben.« Darüber hinaus gebe es ein Sprachproblem: »Deutsch sprechen nicht alle polnischen Ingenieure«, so Józwiak. Und das sei deswegen problematisch, weil viele deutsche Arbeitgeber diese Fähigkeit voraussetzen würden. Allerdings gibt es nach den Untersuchungen von BDI einen Unterschied zwischen dem Deutschland-Bild der polnischen Fachkräfte und dem Image, das deutsche Konzerne wie Siemens haben, die international agieren. Die Consulting-Firma hatte in den Jahren 2005 und 2006 eine gesonderte Umfrage zum attraktivsten Arbeitgeber in Polen gemacht. Dabei landete der Münchener Konzern auf Platz eins.

Großbritannien und die skandinavischen Staaten

An der Spitze der beliebtesten Einwanderungsziele befindet sich hingegen Großbritannien. Knapp 21 Prozent würden hier arbeiten wollen, so die Ergebnisse der Umfrage. Aus der Sicht von BDI liegt das daran, dass ein Großteil der polnischen Fachkräfte bereits Englisch beherrscht und Deutsch eine Sprache ist, die in Polen an

Popularität verliert. Ähnlich wie der Vertreter der polnischen Regierung, Janusz Grzyb, weist auch die Consulting-Firma darauf hin, dass in Großbritannien bereits eine ausgebaute Infra- und Servicestruktur besteht, die sich auf die polnischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer eingestellt hat. Tatsächlich haben bis dato schon viele Billig-Airlines ein komplettes Streckenflugnetz von und nach Polen gesponnen, das diese »Arbeitstouristen« bedient. Darüber hinaus gibt es Banken und Finanzdienstleister, die ihren Service in polnischer Sprache anbieten. Großbritannien gilt seit jeher als ein Land, das den Polen gegenüber positiv eingestellt ist.

Große Popularität genießen auch die skandinavischen Länder wie Norwegen (18,9 Prozent), Schweden (9,7 Prozent) und Dänemark (7,3 Prozent) – aber auch die Niederlande (10,8 Prozent). »Hier spielen zum einen der hohe Lebensstandard und das gut ausgebaute soziale System eine Rolle«, sagt Magdalena Józwiak von BDI. Zum anderen sei die Arbeitszeit pro Woche in diesen Ländern zum Teil niedriger als in anderen EU-Staaten. In Dänemark gebe es beispielsweise die 37-Stunden-Woche. »Ein Grund für die Beliebtheit dieser Länder ist mit Sicherheit aber auch, dass man sich dort problemlos auf Englisch verständigen kann«, kommentiert Józwiak. Oft böten die Arbeitgeber zusätzlich noch Kurse in der Landessprache an. Das seien Dienstleistungen, die deutsche Firmen wohl selten offerierten.

Ein Grund für die Popularität der skandinavischen Länder ist sicherlich auch, dass diese Staaten ebenso wie Großbritannien und Irland sofort nach dem EU-Beitritt Polens am 1. Mai 2004 die Grenzen für die polnischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer geöffnet haben. Finnland, Spanien, Griechenland und Portugal haben zwei Jahre später die Beschränkungen für Polen vollständig abgeschafft und Luxemburg und die Niederlande haben angekündigt, die Schranken ab dem 1. November aufzuheben.

Fachkräftemangel in Polen

Darüber hinaus gibt es einen weiteren gewichtigen Grund, warum es wohl kaum zu einer Massenwanderung gen Westen kommen wird. In Polen selbst herrscht ebenfalls Fachkräftemangel. Nach den Schätzungen der Polnischen Arbeitgebervereinigung (Konfederacja Pracodawców Polskich – KPP) benötigen die polnischen Firmen derzeit zwischen 30.000 und 40.000 IT-Ingenieure. »Elf Prozent aller Stellen, die es aktuell am polnischen Arbeitsmarkt in dieser Fachrichtung gibt, können nicht besetzt werden«, sagt der Direktor der Abteilung »Unternehmen« der KPP, Adam Ambrozik. Nach seinen Schätzungen wird bereits in drei Jahren jede sechste Stelle offen sein. »Am größten ist der Mangel an Fachleuten, die sich mit drahtlosen Netzen beschäftigen«, prognostiziert der Experte. Dort betrage aktuell das De-

fizit 14 Prozent. Bis zum Jahr 2008 werde es auf 21 Prozent steigen. Die internationale Unternehmensberatung KPMG kommt zu einer ähnlichen Einschätzung. Das Unternehmen hat in einer Studie mit dem Titel »Migration von Arbeitnehmern« (»Migracja pracowników«), die gegen Ende dieses Jahres vollständig veröffentlicht wird, ebenfalls einen großen Mangel an Ingenieuren im Land festgestellt. KPMG hat dazu eine Umfrage unter polnischen Arbeitgebern durchgeführt, wie die polnische Wirtschafts- und Finanzzeitung »Parkiet« berichtet. 80 Prozent der befragten polnischen Firmen schätzen, dass dieses Defizit an Fachleuten in bestimmten hoch entwickelten Wirtschaftsbereichen wie der Telekommunikations- und Technologie-Branche ein Problem darstellt. Das Blatt weist darauf hin, dass dieses Resultat zwar grundsätzlich keine Überraschung sei. Überraschend sei aber, dass die Unternehmen das Ausmaß dieses Mangels als so groß ansähen: 70 Prozent der befragten Manager antworteten auf die Frage, wie groß

dieses Problem sei, mit »groß«, 10 Prozent hielten diesen Mangel für »sehr groß«.

Fazit

Trotz aller Zweifel, die man am ökonomischen Effekt dieser Entscheidung haben kann, steht aber fest: Der Schritt Deutschlands, den Arbeitsmarkt für polnische Ingenieure zu öffnen, ist eine politische Zäsur im Umgang mit den Arbeitnehmerinnen und -nehmern aus dieser Region. Die Reaktion darauf stellt das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen auf den Kopf, das am internationalen Arbeitsmarkt vorgeherrscht hat: Bis dato wurden Polen in Deutschland nur als billige Arbeitskräfte wahrgenommen und nur die hereingebeten, die minder qualifizierte Arbeiten verrichteten; nun werden hoch qualifiziert Arbeitskräfte gesucht, und die Bundesregierung bittet sie nach Deutschland. Ebenso hat sich das Verhalten der polnischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer grundsätzlich verändert, denn es wird wohl kaum einer von ihnen kommen.

Über den Autor:

Sebastian Becker (Jg. 1969), M.A., studierte Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Uniwersytet Wrocławski in Breslau. Seit drei Jahren ist er als unabhängiger Finanz- und Wirtschaftsjournalist in Warschau tätig und schreibt für verschiedene deutsche Wirtschafts- und Finanzfachpublikationen, u.a. für die »Financial Times Deutschland«, »VDI Nachrichten« und »Die Bank« sowie für die polnische Finanz-Zeitung »Parkiet«. Zu seinen früheren beruflichen Stationen gehörten die »Börsen-Zeitung« und der Online-dienst »Sharper«.

Tabellen und Grafiken

Zahlen zur polnischen Arbeitsmigration

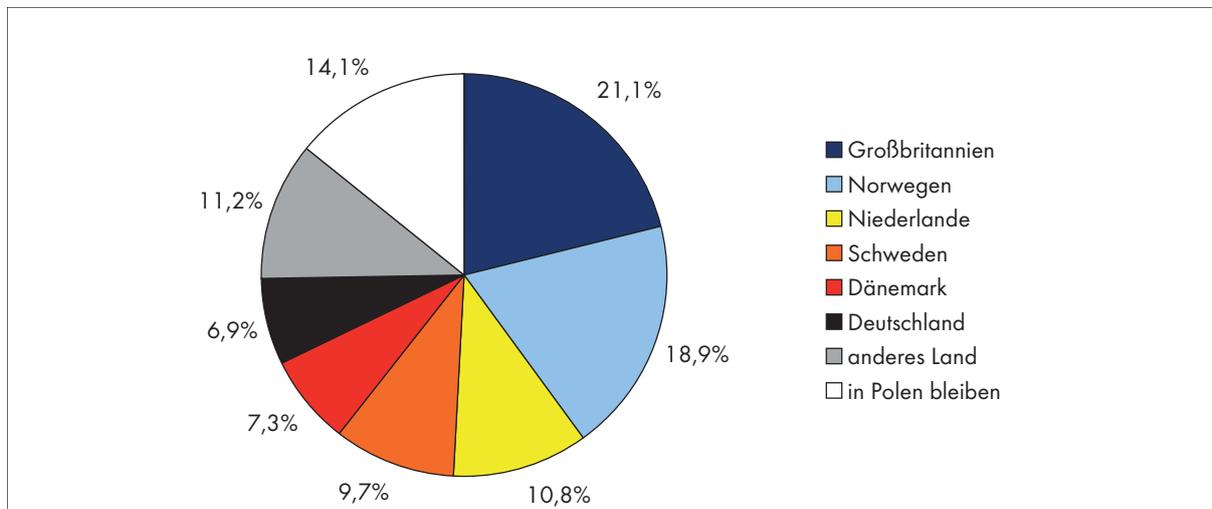
Monatsgehalt polnischer Ingenieure in Polen (PLN)

	21–25 Jahre	26–30 Jahre	31–35 Jahre	36–40 Jahre	41–45 Jahre	46–50 Jahre	51–55 Jahre	56–60 Jahre
Ohne oder nur geringe Fremdsprachenkenntnisse	1.986	2.583	3.866	4.124	4.633	4.941	4.856	4.694
Ziemlich gute Fremdsprachenkenntnisse oder fließend in einer Fremdsprache	2.447	3.345	5.350	6.877	6.875	6.817	6.750	6.927
Ziemlich gute Fremdsprachenkenntnisse oder fließend in mehreren Fremdsprachen	2.685	3.837	6.052	7.471	6.849	7.660	8.000	6.391

100 PLN entsprechen 26,90 EUR, Stand vom 16.10.2007.

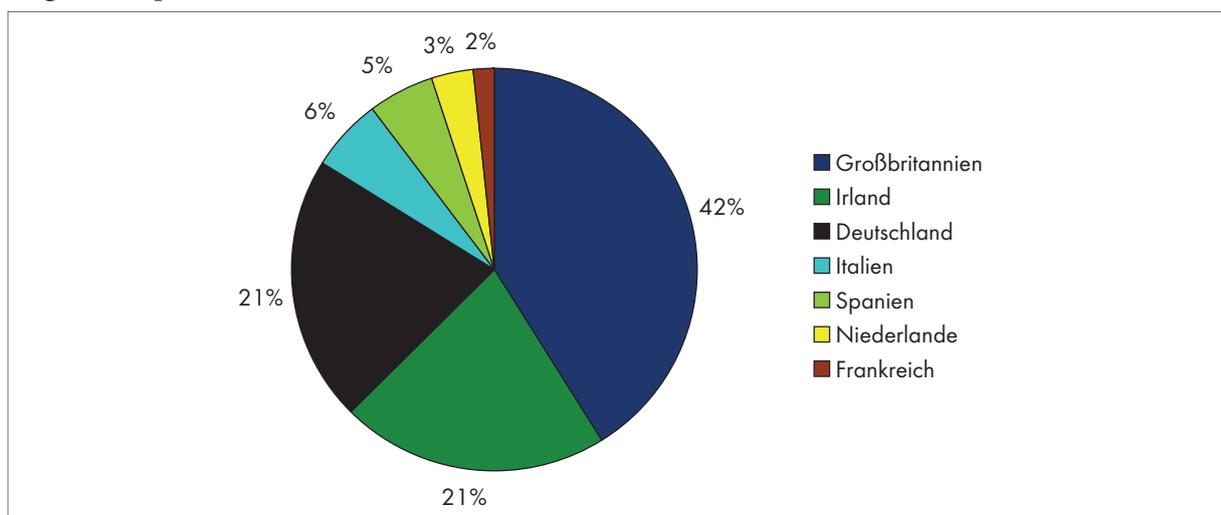
Quelle: Bank Danych o Inżynierach – BDI (Ingenieur-Datenbank), www.bdi.com.pl

Auswanderungsziele polnischer Ingenieure (in %)



Quelle: Bank Danych o Inżynierach – BDI (Ingenieur-Datenbank) (Umfrage unter 1.150 Ingenieuren), www.bdi.com.pl

Registrierte polnische Arbeitskräfte in EU-Ländern (2006)



Großbritannien	310.000
Irland	160.000
Deutschland	160.000
Italien	45.000
Spanien	40.000
Niederlande	25.000
Frankreich	12.000

Daten des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik, Quelle: www.migracje.gov.pl

Anzahl der ausgegebenen Arbeitserlaubnisse für polnische Staatsbürger in ausgewählten Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums und in der Schweiz (in Tsd.)

	2003 ^(a)	2004	2005	2006
Belgien	3,9	1,8	3,4 (darin 3,1 für Saisonarbeit)	3,4 (3,1 für Saisonarbeit; Jan.-Juni)
Deutschland	274,9	392,6	321,6 (darin 273 für Saisonarbeit)	160,9 (Jan.-Juni)
Finnland	0,7	-	0,2 ^(b)	0,1 (Jan.-April)
Frankreich	7,8	9,2	9,7 (darin 8,2 für Saisonarbeit)	Fehlende Daten
Griechenland	8,4	-	0,4	0,3 (Jan.-Sept.)
Großbritannien	1,4	75,5	129,4	109,3 (Jan.-Sept.)
Irland	2,7	27,3	64,7	64,5 (Jan.-Aug.)
Island	-	-	2,1	2,0 (Jan.-Mai)
Italien	45,7	37	33,5 (ca. 20,5 für Saisonarbeit)	Fehlende Daten
Niederlande	9,5	20,2	26,5	22,0 (Jan.-Juli)
Norwegen	15,3	13	23,8 (Verlängerungen berücksichtigt; keine Information über Anteil an Saisonarbeitern)	23,2 (Jan.-Juli)
Österreich	9,7	16,7	10 (darin 5,2 für Saisonarbeit)	7,4 (Jan.-Aug.)
Schweden	6,6	2,1	2,8 ^(b)	2,8 (Jan.-Aug.)
Schweiz	-	16,7	3,8 (ca. 2,6 für Saisonarbeit)	Fehlende Daten
Slowakei	0,1	-	0,3	0,3 (Schätzwert, Nettozustrom; Jan.-Juni)
Spanien	6,9	13,8	11,6 (keine Information über Anteil an Saisonarbeitern)	Fehlende Daten
Tschechien	7,4	-	3,8 (Schätzwert, Nettozustrom)	1,0 (Schätzwert, Nettozustrom; Jan.-Juli)
insgesamt	401	610	645	Fehlende Daten

^(a) für manche Länder Daten von 2002

^(b) Saisonarbeit bedeutet nicht notwendig Erhalt einer Arbeitserlaubnis

Quelle: MPiPS, Informacja w sprawie zatrudnienia obywateli polskich w innych państwach Europejskiego Obszaru Gospodarczego i Szwajcarii oraz obywateli państw EOG w Polsce, październik 2006 [Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, Information über die Beschäftigung polnischer Staatsbürger in Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz sowie der Staatsbürger des Europäischen Wirtschaftsraums in Polen, Oktober 2006]. **Zitiert nach:** Ministerstwo Gospodarki: Wpływ emigracji zarobkowej na gospodarkę Polski [Ministerium für Wirtschaft: Der Einfluss der Arbeitsemigration auf die Wirtschaft Polens.]. Warszawa, 02 / 2007, www.egospodarka.pl

Geschätzter Geldtransfer polnischer Saisonarbeiter in Deutschland

	Anzahl polnischer Saisonarbeiter in Deutschland	Transfer nach Polen (in Tsd. PLN)	Transfer nach Polen (in Tsd. EUR)
1991	68.516	172.410	43.103
1992	131.020	329.692	82.423
1993	139.824	387.031	96.758
1994	124.860	439.868	109.967
1995	164.864	705.254	176.314
1996	191.055	865.370	216.343
1997	189.424	900.882	225.221
1998	201.681	1.009.925	252.481
1999	218.403	1.009.157	274.789
2000	238.160	1.198.588	299.647
2001	261.133	1.314.204	328.551
2002	282.830	1.423.399	355.850
2003	302.544	1.522.613	380.653
2004	320.000	1.610.464	402.616

Quelle: M. Okólski (2006), *Costs and benefits of migration for Central European Countries*, Centre of Migration Research, Warsaw University, CMR Working Papers, No. 7/65, p. 20. *Zitiert nach:* Ministerstwo Gospodarki: *Wpływ emigracji zarobkowej na gospodarkę Polski* [Ministerium für Wirtschaft: *Der Einfluss der Arbeitsemigration auf die Wirtschaft Polens.*]. Warszawa, 02 / 2007, www.egospodarka.pl

Prognostizierter Emigrationssaldo mit ständigem Aufenthaltsrecht nach Woiwodschaften (in Tsd. Personen)

	2002*	2003	2005	2010	2015	2020	2025	2030
Dolnośląskie (Niederschlesien)	1,4	-1,3	-1,4	-1,8	-1,6	-1,4	-1,2	-1,0
Kujawsko-pomorskie (Kujawien-Pommern)	0,5	-0,6	-0,6	-0,8	-0,7	-0,7	-0,6	-0,5
Lubelskie (Lublin)	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0
Lubuskie (Lebuser Land)	0,2	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3	-0,2	-0,2	-0,1
Łódzkie (Lodsch)	0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	0,0
Małopolskie (Kleinpolen)	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,2
Mazowieckie (Masowien)	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6
Opolskie (Oppeln)	-3,9	-3,8	-4,2	-5,0	-4,5	-4,1	-3,8	-3,5
Podkarpackie (Vorkarpaten)	-0,6	-0,5	-0,6	-0,6	-0,5	-0,4	-0,4	-0,3
Podlaskie (Podlasien)	-0,3	-0,4	-0,4	-0,5	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3
Pomorskie (Pommern)	-1,3	-1,3	-1,4	-1,8	-1,7	-1,5	-1,4	-1,3
Śląskie (Schlesien)	-8,2	-9,2	-9,8	-11,7	-10,8	-9,9	-9,1	-8,4
Świętokrzyskie (Heiligkreuz)	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0
Warmińsko-mazurskie (Ermland-Masuren)	-0,9	-0,7	-0,7	-0,9	-0,9	-0,8	-0,7	-0,7
Wielkopolskie (Großpolen)	-0,3	0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,2	-0,1
Zachodniopomorskie (Westpommern)	-0,4	-0,5	-0,5	-0,6	-0,6	-0,5	-0,4	-0,4
Polen	-17,9	-18,7	-20,2	-24,1	-22,0	-19,9	-17,8	-16,1

* für 2002 reale Daten

Quelle: K. Iglicka et al. (2005): *Dylematy polityki migracyjnej Polski*, Instytut Studiów Społecznych UW, Seria: *Prace Migracyjne*, nr 58, na podstawie prognozy demograficznej GUS na lata 2003–2030 [Dilemmata der Migrationspolitik Polens, Institut für Gesellschaftliche Angelegenheiten der Universität Warschau, Nr. 58, auf demographischer Grundlage des Statistischen Hauptamtes für die Jahre 2003–2030]. *Zitiert nach:* Ministerstwo Gospodarki: *Wpływ emigracji zarobkowej na gospodarkę Polski* [Ministerium für Wirtschaft: *Der Einfluss der Arbeitsemigration auf die Wirtschaft Polens.*]. Warszawa, 02 / 2007, www.egospodarka.pl

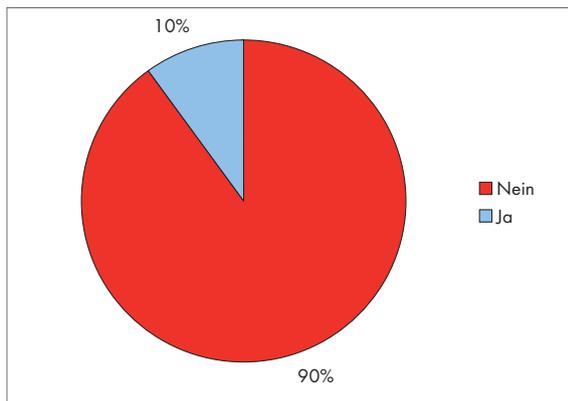
Anzahl der ausgegebenen Arbeitserlaubnisse in den skandinavischen Ländern (Mai 2004 – August 2006)

Herkunftsland	Island	Dänemark	Finnland	Schweden	Norwegen	insgesamt
Estland	62	124	2.594	520	591	3.839
Lettland	65	402	127	335	576	1.505
Litauen	262	1.479	73	1.048	3.017	5.879
Malta	0	0	0	3	2	5
Polen	1.171	1.734	185	3.838	8.902	15.830
Slowakei	146	73	13	90	318	640
Slowenien	1	12	2	19	15	49
Tschechien	60	74	37	145	162	472
Ungarn	24	149	86	288	120	667
Zypern	0	0	0	8	3	11
insgesamt	1.791	4.047	3.111	6.294	13.706	28.949

Quelle: Fact and Figures 2005, The Norwegian Directorate of Immigration, UDI

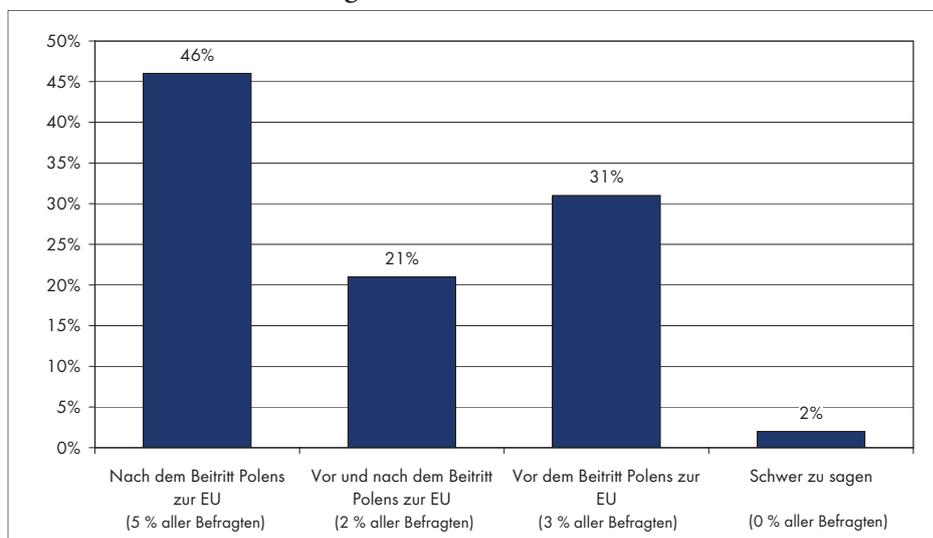
Zitiert nach: Ministerstwo Gospodarki: Wpływ emigracji zarobkowej na gospodarkę Polski [Ministerium für Wirtschaft: Der Einfluss der Arbeitsemigration auf die Wirtschaft Polens.]. Warszawa, 02 / 2007, www.egospodarka.pl

Haben Sie in den letzten 10 Jahren im Ausland gearbeitet?



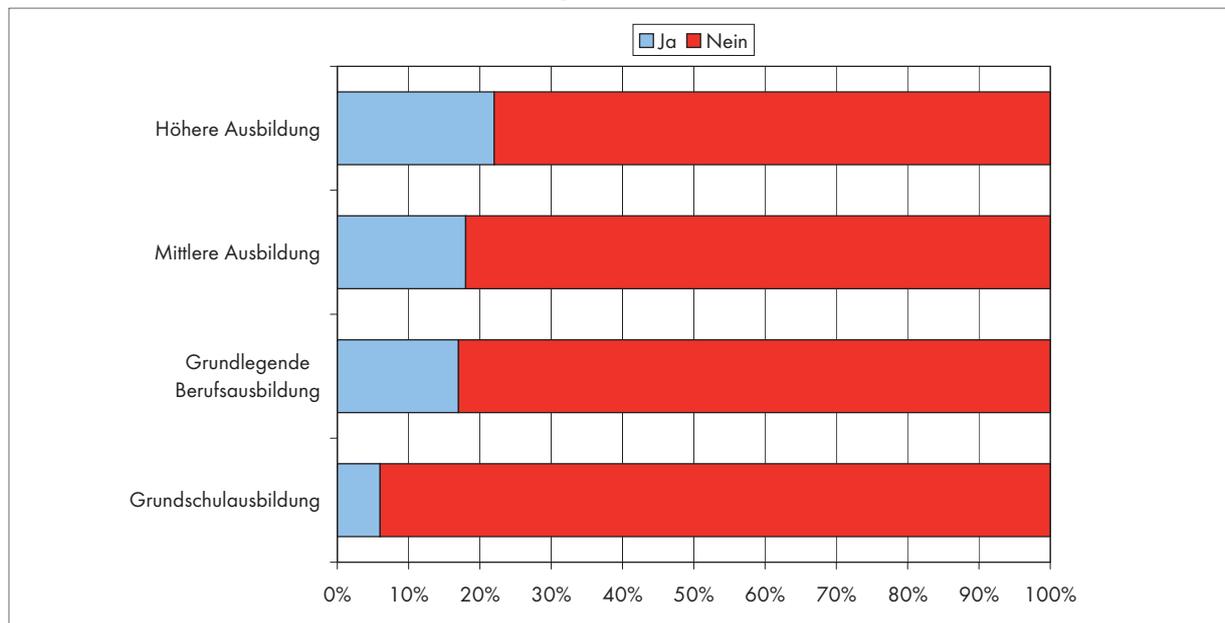
Quelle: CBOS, BS/40/2007: Praca Polaków za granicą [Der Arbeitsaufenthalt von Polen im Ausland], Warszawa, 03/2007

Wann haben Sie im Ausland gearbeitet?



Quelle: CBOS, BS/40/2007: Praca Polaków za granicą [Der Arbeitsaufenthalt von Polen im Ausland], Warszawa, 03/2007

Haben Sie in den letzten 10 Jahren im Ausland gearbeitet? (Antworten in %)



	Ja	Nein
Grundschulausbildung	6	94
Grundlegende Berufsausbildung	17	83
Mittlere Ausbildung	18	82
Höhere Ausbildung	22	78

Anm.: Antworten der Befragten bis zum 44. Lebensjahr

Quelle: CBOS, BS/40/2007: Praca Polaków za granicą [Der Arbeitsaufenthalt von Polen im Ausland], Warszawa, 03/2007

**Arbeitsaufenthalt im Ausland nach Woiwodschaften
(Personen, die in den letzten 10 Jahren im Ausland gearbeitet haben, in %)**

insgesamt	10
Opolskie (Oppeln)	16
Zachodniopomorskie (Westpommern)	16
Lubelskie (Lublin)	15
Dolnośląskie (Niederschlesien)	14
Podkarpackie (Vorkarpaten)	13
Świętokrzyskie (Heiligkreuz)	12
Lubuskie (Lebuser Land)	12
Podlaskie (Podlasien)	12
Kujawsko-pomorskie (Kujawien-Pommern)	12
Małopolskie (Kleinpolen)	11
Wielkopolskie (Großpolen)	9
Pomorskie (Pommern)	9
Łódzkie (Lodsch)	8
Śląskie (Schlesien)	7
Mazowieckie (Masowien)	7
Warmińsko-mazurskie (Ermland-Masuren)	6

Quelle: CBOS, BS/40/2007: Praca Polaków za granicą [Der Arbeitsaufenthalt von Polen im Ausland], Warszawa, 03/2007

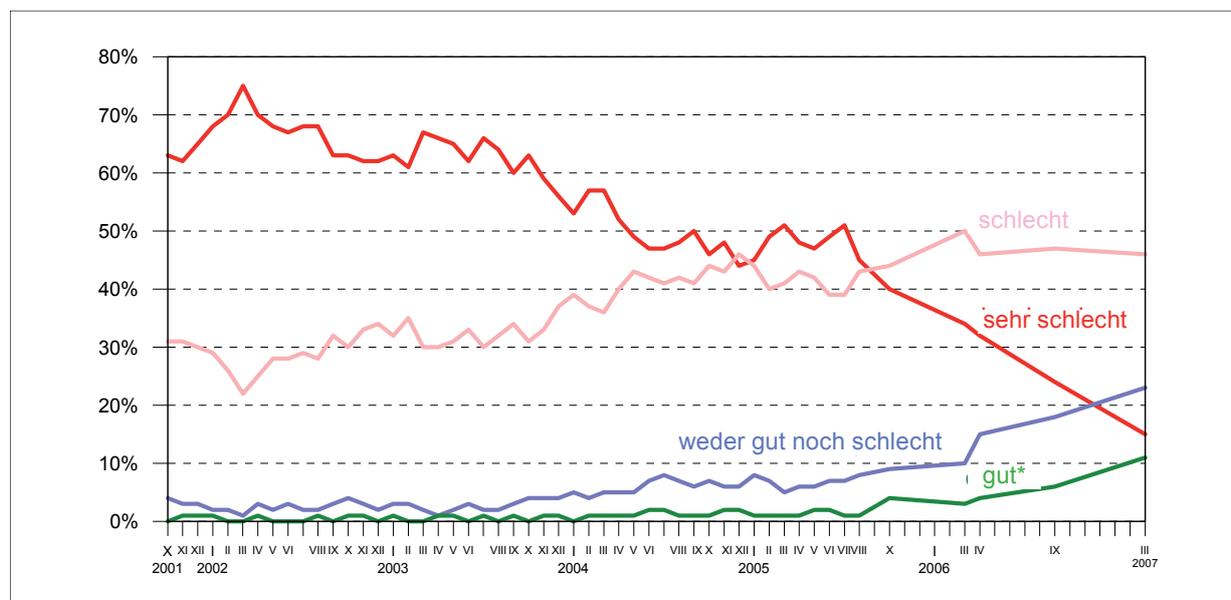
In welchem Land / welchen Ländern haben Sie gearbeitet?
(Personen, die in den letzten 10 Jahren im Ausland gearbeitet haben)

Deutschland	55 %
Großbritannien	12 %
Vereinigte Staaten von Amerika	8 %
Niederlande	7 %
Italien	6 %
Frankreich	6 %
Österreich	4 %
Tschechien	4 %
Belgien	4 %
Spanien	3 %
Schweden	2 %
Zypern	2 %
Irland	2 %
Norwegen	1 %
Schweiz	1 %
Dänemark	1 %
Lettland	1 %
Luxemburg	1 %
Ungarn	1 %
Griechenland	1 %
andere Länder	11 %

Die Summe der Angaben ergibt mehr als 100 %, da mehrere Länder genannt werden konnten.

Quelle: CBOS, BS/40/2007: Praca Polaków za granicą [Der Arbeitsaufenthalt von Polen im Ausland], Warszawa, 03/2007

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt in Polen?

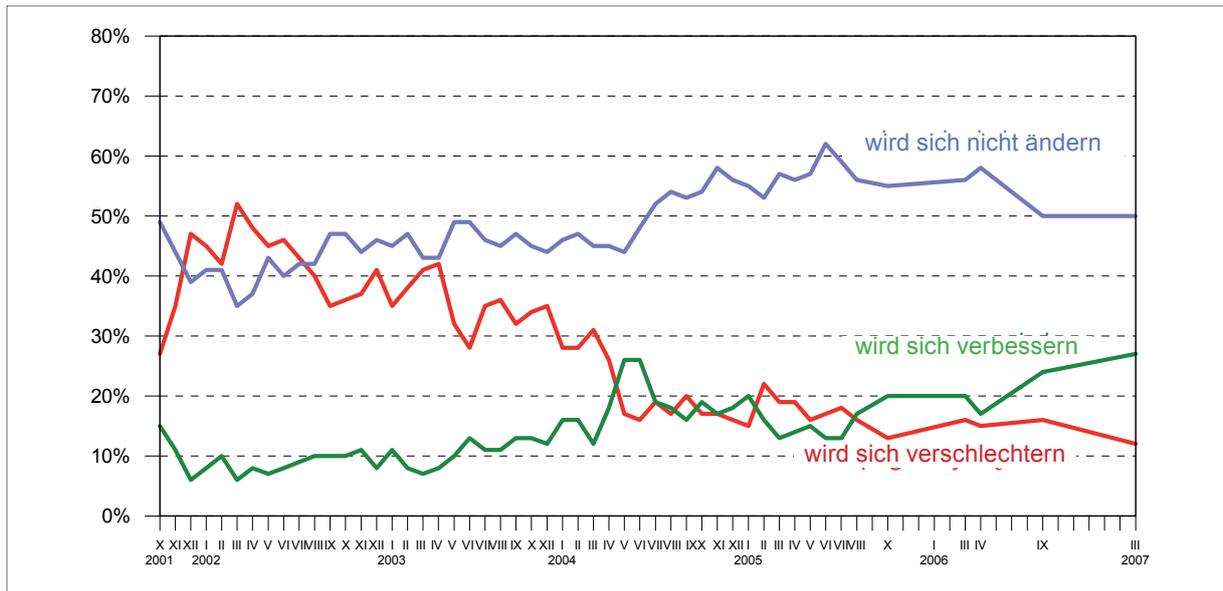


*Zusammenfassung der Antworten »gut« und »sehr gut«

Außer Acht gelassen wurde die Antwort »schwer zu sagen«.

Quelle: CBOS, BS/48/2007: Opinie o rynku pracy i zagrożeniu bezrobociem w latach 2001–2007 [Meinungen zum Arbeitsmarkt und zur Bedrohung durch Arbeitslosigkeit in den Jahren 2001–2007], Warszawa, 03/2007

Wie wird sich Ihrer Meinung nach im nächsten Jahr die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Polen entwickeln?



Außer Acht gelassen wurde die Antwort „schwer zu sagen“.

Quelle: CBOS, BS/48/2007: *Opinie o rynku pracy i zagrożeniu bezrobociem w latach 2001-2007* [Meinungen zum Arbeitsmarkt und zur Bedrohung durch Arbeitslosigkeit in den Jahren 2001-2007], Warszawa, 03/2007

Dokumentation

Programm RÜCKKEHR («POWRÓT»)

(Konzept)

1. Begründung

Im Jahr 2004, nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union, haben Irland und Großbritannien den Arbeitsmarkt für die Bürger der neuen EU-Mitgliedsländer geöffnet. In den folgenden Jahren haben weitere Länder sukzessiv ihre Arbeitsmärkte für Polen geöffnet.

Nach statistischen Schätzungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) arbeiteten im Jahr 2007 in den Ländern der Europäischen Union ca. 1.200.000 polnische Staatsbürger. Ein so starker Abfluss von Arbeitskräften wird auf dem Arbeitsmarkt immer spürbarer. Insbesondere in einigen Branchen sind die Arbeitgeber schon jetzt gezwungen, Arbeitnehmer im Ausland zu suchen. Berücksichtigt man die demographische Situation Polens und darüber hinaus, dass der größere Teil der Emigranten junge Menschen sind, dann muss man davon ausgehen, dass die passive Beobachtung dieser Prozesse in den nächsten Jahren zu einer ernststen demographischen Krise und zum Kollaps auf dem Arbeitsmarkt führen kann.

2. Zielsetzung

Ziel des Programms »Rückkehr« («Powrót») ist es, die bestmöglichen Rückkehrbedingungen für die Menschen zu schaffen, die sich in den letzten Jahren aus ökonomischen Gründen entschieden haben, Polen zu verlassen und in stärker entwickelte Länder der Europäischen Union zu gehen.

3. Vorgeschlagene Schritte (nach Ressorts)

Finanzministerium

3.1. Einführung von »Steuerferien«

Zwei Jahre Befreiung von der Einkommensteuer für natürliche Personen bei gewerblicher Tätigkeit (vorgesehen für Personen, die für mindestens ein Jahr im Ausland waren).

3.2 Reduzierte Sozialversicherungsbeiträge

Für den Zeitraum von zwei Jahren Aufhebung der Berufsunfähigkeitsrentenbeiträge sowie der Arbeitslosenbeiträge (vorgesehen für Personen, die für mindestens ein Jahr im Ausland waren).

3.3 Reduzierte Rentenbeiträge

Personen, die einer gewerblichen Tätigkeit nachgehen und bis zu neun Personen beschäftigen, erhalten die Möglichkeit, um ein Drittel geringere Rentenbeiträge für jeden Arbeitnehmer zu zahlen (vorgesehen für Personen, die für mindestens ein Jahr im Ausland waren).

Außenministerium

3.4 Image-Verbesserung Polens unter den Emigranten

Ogbleich die Ursachen für die Emigration wirtschaftlichen Charakters sind, geht aus zahlreichen Publikationen in der Presse der neuen Polonia hervor, dass die Einstellung unserer Landsleute gegenüber dem Land, dessen Staatsbürger sie sind, skeptisch, manchmal sogar feindselig ist. Viele von ihnen sind überzeugt, dass der Staat und die Regierung Schuld daran haben, dass sie emigrieren mussten. Diese Haltung könnte sich ändern, wenn zuverlässige Informationen zu den Veränderungen in Polen breiter zugänglich wären.

3.5 Förderung des Unternehmergeistes

Die Förderung des Unternehmergeistes in der spezifischen Gruppe, die die Emigranten ausmachen, sollte eine der Prioritäten des Programms sein. Ein wichtiger Faktor, der die Entscheidung begünstigt, ins Heimatland zurückzukehren und eine Firma zu gründen, ist der Umstand, unter dem eigenen Qualifikationsniveau zu arbeiten, während gleichzeitig Kapital angespart wird, Erfahrungen in einer entwickelten, liberalen Wirtschaft gesammelt sowie sprachliche Qualifikationen erworben werden. Es ist zu empfehlen, sich bei den Aktivitäten des Programms darauf zu konzentrieren, Personen, die im Bereich der kleinen Dienstleistungsbetriebe große Chancen auf Erfolg haben, zu dieser Herausforderung zu ermuntern. Zu diesem Zweck sollte Informations-Werbematerial in den konsularischen Vertretungen vorbereitet und sollten Kampagnen in den elektronischen Medien durchgeführt werden. Auch der Zugang zu allen Formularen sowie die rechtliche und praktische Beratung muss zugesichert werden.

Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik

3.6 Information zum Thema Arbeit in Polen

In den Konsulaten sollten Computerplätze eingerichtet werden und zugänglich sein, mit deren Hilfe Informationen zum Thema Stellenangebote erhältlich sind und die mit den Informationen, über die das Arbeitsamt in Polen verfügt, vergleichbar sind. Die Angestellten des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik, die in den Arbeitsbereich des Programms »Der Arbeit näher, Polen näher« (»Bliżej Pracy, Bliżej Polski«) delegiert sind, sollten ebenfalls Kompetenzen im Bereich der Kenntnis des Arbeitsmarktes in Polen besitzen.

3.7 Aufbau und Aktivierung des Internetportals www.powroty.gov.pl

Der Aufbau einer Internetseite für diejenigen, die in das Heimatland zurückkehren wollen, ist die billigste und im Hinblick auf das Durchschnittsalter dieser Gruppe eine sehr effektive Art der Informationsweitergabe. Das Internetportal »Rückkehr« (»Powrót«) sollte alle Informationen zur Anerkennung der Arbeitszeit im Ausland, zu Fragen zu Versicherungen und Steuern, Muster nützlicher Formulare etc. enthalten. Darüber hinaus sollte auf der Seite ein Bereich eingerichtet werden, der der Existenzgründung und Leitung eines gewerblichen Betriebs in Polen gewidmet ist.

Des Weiteren sollte dieser Service den Emigranten alle Vorzüge einer Rückkehr ins Heimatland darstellen (den Einsatz der Auslandserfahrungen, die Möglichkeit, sich im erlernten Beruf weiterzuentwickeln, die Möglichkeit, entsprechend den eigenen Qualifikationen zu arbeiten etc.).

Werbung für dieses Internetportal sollte in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Diaspora, den Medien der Polonia sowie den konsularischen Vertretungen der Republik Polen stattfinden.

3.8 Jobbörsen

Berücksichtigt man die immer größer werdende Nachfrage des polnischen Arbeitsmarktes und den immer stärker spürbaren Mangel an Arbeitskräften in manchen Wirtschaftsbereichen, muss die Durchführung von Jobbörsen in London und Dublin erwogen werden. Neben dem fachlichen Aspekt sollte eine solche Veranstaltung auch Werbecharakter haben.

3.9 Angebote für Spezialisten

Das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik und das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) sollten eine Analyse des Arbeitsmarktes unter dem Aspekt der Berufsgruppen, die aus Sicht des Staates am wesentlichsten sind, erstellen. Nach dieser Diagnose sollte die Vorbereitung eines speziell ausgearbeiteten Anreizsystems erwogen werden, das den betreffenden Personen die Rückkehr erleichtert.

Ministerium für Nationale Erziehung

3.10 Ausbau des polnischen Schulwesens in der EU

In Zusammenarbeit mit den lokalen Bildungsministerien sollte das Ministerium für Nationale Erziehung sich darum bemühen, dass in den Schulen der Europäischen Union Polnisch als Fremdsprachenunterricht bzw. als fakultativer Kurs eingeführt wird. Außergewöhnlich wichtig ist auch der gesicherte Zugang zu polnischen (ergänzenden) Bildungseinrichtungen und Prüfungen, so dass die Kinder und Jugendlichen schließlich nach der Rückkehr nach Polen nicht auf sprachliche Barrieren stoßen.

3.11 Einsatz von E-Learning

Unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Nationale Erziehung sollte eine internetgestützte Ausbildung im Bereich der polnischen Sprache und Geschichte aufgenommen werden. Für viele Familien, die in Europa in Kleinstädten und Dörfern ohne Zugang zu polnischen Bildungseinrichtungen arbeiten, wird dies die einzige Lehrmethode für diese wichtigen Fächer sein.

Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen

3.12 Das Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen

sollte in Absprache mit ausgewählten Hochschulen die Ausarbeitung eines Programms beginnen, das ein Fernstudium (e-Studium) in Polen ermöglicht sowie die Absolvierung eines Externenstudiums (einige Blockveranstaltungen jährlich). Außergewöhnlich wichtig ist bei diesem Vorhaben ebenfalls die Werbung, so dass von den jungen Menschen, die im Ausland arbeiten, möglichst viele einen polnischen Abschluss machen können.

Quelle: www.mps.gov.pl [Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej, Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Chronik
Vom 02. bis zum 15. Oktober 2007

02.10.2007	Das Warschauer Büro der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erhält vom polnischen Außenministerium eine Einladung, Beobachter für die Parlaments- und Senatswahlen am 21. Oktober zu entsenden. Die polnische Regierung hatte es in der vorvergangenen Woche zunächst abgelehnt, ihr Einverständnis zur Wahlbeobachtung zu geben und sich damit der Pflicht eines jeden OSZE-Mitglieds widersetzt.
03.10.2007	Günter Grass trifft zur Feier seines 80. Geburtstags in seiner Heimatstadt Danzig ein. Zu seinen Ehren finden dort drei Tage lang verschiedene Veranstaltungen statt, u.a. eine Debatte unter dem Titel »Die Zukunft des deutsch-polnischen Gedächtnisses für das gemeinsame Europa«, an der auch der ehemalige Staatspräsident Lech Wałęsa, Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker und der ehemalige polnische Außenminister Stefan Meller teilnehmen werden. Die Abgeordneten des Stadtrats von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) erklären, nicht an den Feierlichkeiten teilzunehmen, da Grass als Jugendlicher der Waffen-SS angehört habe.
03.10.2007	Russland verhängt ein Importverbot für Fischmehl aus Polen und kündigt ein eventuelles Importverbot auch für Gemüse an, die aus Polen über Drittländer nach Russland eingeführt werden, da ein höherer Anteil an Nitrit, Nitrat und Pestiziden als in Russland zulässig festgestellt worden sei.
04.10.2007	Die Oberärztin der polnischen Veterinäre teilt auf die Ankündigung Russlands hin, Importverbote gegen Polen zu verhängen, mit, dass Russland Polen im Vorfeld nicht über Verunreinigungen informiert habe. Landwirtschaftsminister Wojciech Mojzesowicz weist darauf hin, dass die Europäische Union auf der Seite Polens stehe. Die EU sei der Meinung, dass Polen die in der EU geltenden Standards erfülle.
04.10.2007	Der Parteichef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, schlägt Ministerpräsident Jarosław Kaczyński (Recht und Gerechtigkeit, Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sowie dem ehemaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski (Linke und Demokraten, Lewica i Demokraci – LiD) eine öffentliche Debatte vor.
04.10.2007	Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Paweł Zalewski (Recht und Gerechtigkeit, Prawo i Sprawiedliwość – PiS), plädiert für Gespräche über einen Abzug der polnischen Truppen aus dem Irak und dafür, sich auf die Aufgaben in Afghanistan zu konzentrieren. Ziel der Irak-Mission sei es gewesen, die zugewiesene Region zu stabilisieren, und diese Aufgabe sei mit der Note 1+ erfüllt worden.
06.10.2007	In einem Interview für das Wochenmagazin Newsweek bekräftigt der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, dass er eine Koalition sowohl mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) als auch mit Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD) in Erwägung ziehe. Im Falle einer Koalition von PO und LiD sei es allerdings unrealistisch, dass Aleksander Kwaśniewski, der von LiD für das Amt des Ministerpräsidenten vorgesehen ist, diesen Posten übernehme; vielmehr beanspruche er selbst diese Position. Bedingung für eine gute Zusammenarbeit mit PiS sei für die PO, dass Untersuchungsausschüsse u.a. zum Einsatz von Sonderdiensten während der PiS-Regierung und zum Tod von Barbara Blida einberufen würden. Barbara Blida (Demokratische Linksallianz, Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) hatte während einer Hausdurchsuchung durch die Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) im April Selbstmord begangen. Sie soll in einen Korruptionsskandal der Kohleindustrie verwickelt gewesen sein.
07.10.2007	Auf einer Wahlkampfveranstaltung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in Danzig macht Parteichef Donald Tusk eine Zusammenarbeit mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) davon abhängig, dass PiS und insbesondere Ministerpräsident Jarosław Kaczyński die Wähler nicht mehr belügen würden. Er sehe bei der gegenwärtigen Regierung den gleichen Hochmut wie bei den Kommunisten. Die Emigrationswelle mit dem Ziel, im Ausland Arbeit zu finden, vergleicht Tusk mit der Ausreisewelle nach dem Kriegszustand. Diese Polen hätten heute die Hoffnung auf Wohlstand verloren. Dieser sei aber unter der Bedingung möglich, dass die Regierung Vertrauen in ihre Bürger und deren Selbständigkeit sowie in den Markt setze und nicht nur in die Bürokraten in den eigenen Reihen.
07.10.2007	Auf einer Wahlkampfveranstaltung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Kielce stellt Ministerpräsident Jarosław Kaczyński heraus, dass ein Wahlsieg von PiS die einzige Chance für die konsequente Fortsetzung einer friedlichen Regierung sei. Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, der nicht verlieren könne, weil ihm das Gefühl der Würde fehle, habe eine entsetzliche Aggression in das öffentliche Leben eingeführt. Er appelliere an ihn, darauf zu verzichten, auch wenn dieser das Gefühl einer bevorstehenden Niederlage für seine Partei habe.
07.10.2007	Nach einer Umfrage des PiS-nahen Meinungsforschungsinstituts Polnische Untersuchungsgruppe (Polska Grupa Badawcza – PGB) würden bei Wahlen Anfang Oktober 36 % der Stimmen auf Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) entfallen, 33 % auf die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), 16 % auf die Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD), 6 % auf die gemeinsame Wahlliste von Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR), Union für Realpolitik (Unia Polityki Realnej – UPR) und Rechte der Republik (Prawica Rzeczypospolitej – PR) sowie 5 % auf die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL). Selbstverteidigung (Samoobrona) würde die 5 % -Hürde nicht überschreiten.

09.10.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński erklärt, Polen fordere nicht die Festschreibung des sog. Ioannina-Kompromisses in den EU-Reformvertrag selbst, sondern die Aufnahme in das Zusatzprotokoll zum EU-Reformvertrag.
09.10.2007	Auf einer Konferenz des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) und des Zentrums für Internationale Beziehungen (Centrum Stosunków Międzynarodowych) betont Außenministerin Anna Fotyga, dass Polens Priorität die Diversifikation der Energiezulieferer sei. Die vorherrschende Energiepolitik in der Europäischen Union sei aber, die Energielieferungen aus Russland zu sichern. Ihrer Einschätzung nach hat sich Russland bis heute nicht damit abgefunden, dass Polen nicht mehr zu seinem Einflussbereich gehöre. Polen seinerseits verfolge keine Projekte, die für seine Nachbarn von Nachteil wären.
10.10.2007	Der stellv. Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Bronisław Komorowski, teilt mit, dass die PO die an Polen gerichteten Forderungen der Preußischen Treuhand vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nach Rückgabe von Kunstwerken, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Deutschen in Polen zurückgelassen worden seien, entschieden verurteile. Die PO erwarte von der deutschen und polnischen Regierung entschlossene Schritte, die deutsche Rechtsdoktrin dahin gehend zu verändern, dass die deutsche Regierung die materielle Verantwortung für solche Forderungen übernehme. Die Erklärung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder im Jahr 2004, dass die deutsche Regierung derlei Forderungen nicht unterstütze, reiche nicht aus. Bei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sei die beunruhigende Entwicklung zu beobachten, sich mit dieser Erklärung zufrieden zu geben.
10.10.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński bewertet die Forderung der Preußischen Treuhand vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nach Rückgabe von Kunstwerken als Ergebnis der polnischen »Politik des Lächelns« des letzten Jahrzehnts, die keine Probleme gelöst habe. Polen habe im Grunde genommen für die Schäden durch den Zweiten Weltkrieg keine Entschädigung erhalten; das, was einst Deutschland gehörte, sei nur ein winziger Teil dessen, was Polen eigentlich an Entschädigung zustünde.
11.10.2007	In Wilna findet ein Energiegipfel statt, auf dem die Präsidenten von Litauen, Polen, Georgien, Aserbaidschan und der Ukraine ein Abkommen zur Berufung der Gruppe »Sarmatia« unterzeichnen, deren Aufgabe Bau und Bewirtschaftung der Ölpipeline Odessa – Brody – Płock sein wird. Die Fertigstellung der Pipeline ist für 2011 vorgesehen.
11.10.2007	Das Europäische Parlament (EP) entscheidet über die neue Sitzverteilung: Polen wird ab den Wahlen zum EP im Juni 2009 über 51 Plätze verfügen, statt wie bisher über 54.
12.10.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński wirbt bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin für die Aufnahme des »Ioannina-Kompromisses« in das Protokoll zum EU-Reformvertrag und dafür, dass Polen einen Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof stellen dürfe. Der Zeitpunkt des Besuches wird in polnischen und deutschen Medien wegen des Wahlkampfes in Polen kritisch kommentiert.
13.10.2007	Die Fernsehdebatte zwischen Ministerpräsident Jarosław Kaczyński und dem PO-Vorsitzenden Donald Tusk (Bürgerplattform, Platforma Obywatelska) am Vorabend wird von den Kommentatoren überwiegend als großer Erfolg für Tusk interpretiert.
14.10.2007	Die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« berichtet über die Initiative von Sejm und Bundestag, der Solidarność in Berlin in der Nähe des Reichstags ein Denkmal zu errichten. Der polnische Vorschlag sieht fallende Dominosteine vor, die für bestimmte Stationen des Umbruchs in Ostmitteleuropa stehen. Das Denkmal soll 2009, zum 20. Jahrestag des Falls des Kommunismus, errichtet werden.
15.10.2007	Am Abend (nach Redaktionsschluss zu dieser Ausgabe) wird eine Fernsehdebatte zwischen dem Parteichef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, und Aleksander Kwaśniewski, Vorsitzender des Programmrats von Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD), stattfinden.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer verglichenen Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de